

Gerangel um die neuen Stellen an der Musikschule

Steglitz-Zehlendorf. Der Anteil der fest angestellten Musikschullehrer soll berlinweit von derzeit sieben auf 20 Prozent steigen. Die Leo-Borchard-Musikschule erhält 18 Vollzeitstellen. Die Frage ist nur, wer sie bekommt und vor allem, wann.

Von Ulrike Martin

Laut Senatsfinanzverwaltung sollen im Bereich der Musikschulen Honorarverträge in feste Arbeitsverträge umgewandelt werden, um die Lehrer besser sozial abzusichern. Die Stellenpläne sind ab 2018 aufzustellen.

Dirk Strakhof, langjähriger Dozent an der Steglitz-Zehlendorfer Musikschule befürchtet, dass bis zum 1. Januar nicht alle 18 Stellen besetzt werden können. Bildungsstadtrat Frank Mükisch (CDU) erklärt, sein Amt habe die Stellen für den Bezirkshaushalt 2018 beantragt, er könne aber nicht sagen, wann genau die Besetzung erfolgt.

Bürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski (CDU), zuständig für das Ressort Personal wird deutlicher: „Es ist völlig aussichtslos, alle Verträge bis 1. Januar abzuschließen.“ Das liege unter anderem an den Senatsvorgaben. Danach haben die Bezirke der Senatsfinanzverwaltung ein genau ausgearbeitetes Konzept vorzulegen. „Wir führen Gespräche mit den anderen Musikschulen. Es sind noch zahlreiche Fragen zu klären.“ Das Ziel sei aber, die Festverträge im Laufe des Jahres 2018 abzuschließen.

Dass alle 18 Stellen an die Honorarlehrer gehen, ist fraglich. Strakhof wünscht sich eine interne Ausschreibung, die auch die Gewerkschaft Verdi als notwendig erachtet.

Ob dies möglich sein wird, lässt Richter-Kotowski offen. „Es gibt rund 320 Honorardozenten an der Musikschule. Aber nicht alle geben so viele Unterrichtsstunden, dass das Pensum einer Vollzeitstelle entspricht.“ Diese Fehlstunden mit anderen Tätigkeiten aufzustocken, sei bei Dozenten schwierig. Bei Verwaltungsmitarbeitern ginge dies dagegen schon leichter. „Eine interne Ausschreibung widerspricht auch dem Prinzip der Bestenauslese“, erklärt die Bürgermeisterin. Außerdem müsse das Besetzungsverfahren absolut rechtssicher sein, um mögliche Klagen zu vermeiden.

Das letzte Wort hinsichtlich einer internen oder auch öffentlichen Ausschreibung sei aber noch nicht gesprochen, sagt Richter-Kotowski. „Wir prüfen.“ **uma**